



Anti-ACTA-Proteste

Es waren nicht zwanzig, wie eine Nachrichtenagentur vermeldet hatte, es waren Hunderte, die in Gera am 25. Februar, dem zweiten europaweiten Aktionstag gegen das internationale Handelsabkommen für den Schutz von Urheberrechten (ACTA – Anti-counterfeiting Trade Agreement) auf die Straße gegangen waren. In Erfurt versammelten sich laut Polizei etwa 500 Menschen, um gegen das umstrittene Abkommen durch die Innenstadt zu demonstrieren. Auch in Eisenach waren wieder Demonstranten unterwegs.

Die Aktionen wurden von der LINKEN unterstützt. Sie hatte in der Februar-Sitzung des Thüringer Landtags dazu eine Aktuelle Stunde beantragt. Zur aktuellen Erklärung, dass die EU-Kommission den umstrittenen ACTA-Vertrag vom Europäischen Gerichtshof überprüfen lassen will, um klären zu lassen, ob Grundrechte verletzt würden, sagte Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Eine Überprüfung des ACTA-Vertrages auf Verletzungen von Grundrechten ist zwar ein erster richtiger Schritt, wird jedoch der Gesamtproblematik ACTA nicht gerecht, da es nicht nur um eine juristische Einordnung und Bewertung geht. Es gilt vor allem, den Geist, der hinter dem heimlich und undemokratisch verhandelten Abkommen steht, zu kritisieren und folgend abzulehnen.“

Die Zementierung eines überholten und längst kritisch diskutierten Rechtssystems im Patent- und Urheberrecht sowie damit einhergehend die Legitimation der Überwachung des Internetverkehrs widerspricht jeglichem modernen Freiheitsverständnis. Es gilt, das Internet endlich als Instrument freier Meinungsäußerung und Teilhabe zu begreifen, anstelle Freiheit und Privatsphäre im Netz immer mehr zu beschränken“, betonte Katharina König. ■

Denn weniger ist einfach nicht zu machen

Nachdem am 23. Februar die Landtagsmehrheit den Dringlichkeitsantrag der Linksfraktion zur umgehenden Aufhebung der Haushaltssperre abgelehnt hatte, kritisierte der Sozialpolitiker der LINKEN, Matthias Bärwolff: „Es ist ein großer Irrtum zu glauben, dass die Reduzierung der Bewirtschaftungssperre von 60 auf 41 Millionen Euro die Probleme lösen kann.“

Matthias Bärwolff. Der Landtagsabgeordnete forderte stattdessen, das „ungeliebte Landeserziehungsgeld zu streichen“. Dieser Auffassung sei die Linksfraktion schon immer gewesen, zudem nehme der Landesrechnungshof gerade die Stiftung FamilienSinn unter die Lupe.

Mehr als 30 Millionen Euro stünden dann unter dem Strich zur Verfügung. Aber die „CDU ist aus ideologischen Gründen nicht bereit, die Stif-

ordnete. Dabei müsste der Ministerpräsidentin klar sein, welche Probleme im Sozial- und Bildungsbereich entstehen, wenn hier weiter gekürzt werde, habe sie doch selbst einmal das Ressort verantwortet – „und sie trägt letztlich die politische Verantwortung für einen bisher noch nicht da gewesen sozialen Kahlschlag in Thüringen.“

Nach zahlreichen Protesten hatte das Thüringer Kabinett entschieden, die Haushaltssperre von 60 auf 41 Millionen Euro zu senken. Die Ministerinnen und Minister sollen selbst entscheiden, wo sie das Geld kürzen. Dazu hatte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt: „Wir freuen uns, dass unsere Proteste eine erste Wirkung gezeigt haben und die Einsparsumme um ein Drittel verringert wurde. Im Sozialbereich ist damit aber wenig gewonnen, da die meisten Träger und Projekte schon jetzt so knapp kalkuliert haben, dass es dort nichts mehr einzusparen gibt.“

Der Haushalt sei im Sozialbereich schon derart eng genäht, dass es bei vielen Projekten keinerlei Einsparpotential mehr gebe. Ein eindrückliches Beispiel seien die Frauenhäuser und -zentren, die im vergangenen Jahrzehnt so viele Kürzungen hätten hinnehmen müssen, dass sie schon jetzt am Rande der Existenzfähigkeit arbeiteten. „Die Frauenhäuser müssen mit zwei Fachkräften auskommen – weniger ist einfach nicht zu machen“, sagte Karola Stange. Da helfe es auch nichts, wenn sie das Toilettenpapier oder die Druckerkartusche einsparen. „Wo es keine Reserven mehr gibt, kann nichts gespart werden, ohne die Einrichtung schließen zu müssen.“ Sozialministerin Taubert sitze nun zwischen Baum und Borke und müsse womöglich Einrichtungen schließen und Projekte beenden. ■



Die unzureichende Finanzausstattung der Thüringer Kommunen hatte DIE LINKE schon in den vergangenen Jahren immer wieder zu Protestaktionen sowie zu parlamentarischen Initiativen im Landtag veranlasst. Wenn „Kommunen in Not“ sind, dann leiden darunter natürlich vor allem die Bürgerinnen und Bürger. Nicht zuletzt die sogenannten freiwilligen Leistungen, die den sozialen Zusammenhalt ausmachen, stehen zur Disposition.

Vereine und Verbände, Familienzentren und Beratungsstellen seien noch immer zutiefst verunsichert und stünden täglich mehr vor der Existenzfrage, so der Abgeordnete weiter. Er verwies darauf, dass das Sozialministerium vor der unlösbaren Aufgabe stehe, etwa vier Millionen Euro einsparen zu müssen. „Aber wo soll die Sozialministerin eine solche Summe streichen, was will man machen, etwa gesetzliche Rechtsansprüche nicht umsetzen?“, fragte

Er fragte, ob die Erziehungsgeld zu streichen, und die SPD will den Koalitionsfrieden nicht gefährden – all dies auf dem Rücken der Betroffenen“, protestierte der sozialpolitische Sprecher.

„Mit der Bewirtschaftungssperre wird zudem der Kompromiss zum kommunalen Finanzausgleich ad absurdum geführt, denn neben den sozialen Trägern wissen auch die Kommunen immer noch nicht, was auf sie zukommt!“, betonte der LINKE Abge-

Für die Bundesversammlung gewählt

Als Wahlfrauen und -männer für die Bundesversammlung am 18. März wählte der Thüringer Landtag auf Vorschlag der Linksfraktion: Elfriede Bering, Altpropstin, Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender, Dr. Birgit Klauert, MdL, Vizepräsidentin des Landtags, Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe, Friedrich-Schiller-Universität, Andrea Wagner, Gleichstellungsbeauftragte, Weimar, Knut Korschewsky, MdL, Landesvorsitzender der LIN-

KEN. Ersatzmitglieder: Susanne Hennig, MdL, Sandro Witt, Gewerkschaftssekretär, Christian Engelhardt, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen.

Die Bundesversammlung besteht je zur Hälfte aus den Bundestagsabgeordneten und von den Ländern entsandten Mitgliedern. Dabei stellen die Länder jeweils so viele Mitglieder wie ihr Land Bundestagsabgeordnete hat. ■

Bürgerbeteiligung bei Planungsfragen

„Windrad, Tunnel, Deponie – Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren“, so der Titel einer Demokratie-Fachtagung am 3. Juli im Landtag in Erfurt. Die Veranstaltung wird getragen von den Landtags-Fraktionen von DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen sowie SPD und dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“. Damit wird die bewährte Reihe von Tagungen zur Fortentwicklung der direkten Demokratie in Thüringer Kommunen

und zu Fragen der Bürgerbeteiligung bei Finanzfragen fortgesetzt.

Diesmal soll es um Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten bei Planungsvorhaben im Bereich Infrastruktur, Bau, Energie usw. gehen. Neben grundsätzlichen Fragen werden auch konkrete Thüringer „Problembaustellen“ in den Blick genommen. Interessierte sollten sich diesen Termin schon einmal vormerken, detaillierte Informationen folgen. ■

Untersuchungsausschuss zum Neonazi-Terror

Es gebe „weitere Indizien dafür, dass die Mordserie der Rechtsterroristen des NSU „hätte verhindert, aber mindestens deutlich früher gestoppt werden können“, hatte Bodo Ramelow erklärt und auf den Spiegel verwiesen.

Das Nachrichtenmagazin hatte berichtet, dass bei dem NSU-Unterstützer Thomas S. bereits im Jahr 2000 eine Hausdurchsuchung stattgefunden hatte – vermutlich wegen dessen Aktivitäten in der neonazistischen Musik- und Vertriebszene sowie seiner Anbindung zur sächsischen Sektion des internationalen Neonazi-Netzwerks Blood & Honour. Dabei sei ein Adressbuch beschlagnahmt worden mit Kontaktdaten zu allen z.Zt. NSU-Verdächtigen, inklusive Zschäpe und Mundlos. Das Adressbuch, so der Spiegel, hätten die sächsischen Behörden ans LKA Thüringen weitergeleitet und man habe nichts mehr davon gehört.

„Warum gab es keine weiteren polizeilichen Maßnahmen?“, fragte Bodo Ramelow und nannte die neuen Enthüllungen einen „weiteren Mosaikstein für das Gesamtbild eines Totalversagens der Sicherheitsbehörden“. Ganz offensichtlich habe es ausreichend Hinweise gegeben, in welchem Kontext sich Zschäpe, Mundlos und Bönhardt bewegten. Der LINKE-Politiker zeigte sich verwundert darüber, dass „die Ende der 90er Jahre mit gigantischem Aufwand betriebene Ermittlungsarbeit von Monat zu Monat nachließ und die Behörden später das Interesse fast ganz verlassen hat“. Diese neuen Indizien werden Gegenstand der Arbeit des Untersuchungsausschusses sein müssen. Martina Renner, Innenpolitikerin der Linksfraction und stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, kündigte an, sie erwarte in

diesem Zusammenhang insbesondere Auskunft über vom Landeskriminalamt veranlasste Maßnahmen der Telekommunikationsüberwachung.

Zahl der Angriffe auf Büros unvermindert hoch

Auch im Jahr 2011 sind Büros von Landtagsabgeordneten und Parteien mehrfach politisch motivierten Angriffen ausgesetzt gewesen. Auf eine Anfrage von Martina Renner, teilte die Landesregierung mit, dass ihr 24 Fälle bekannt sind, von denen 19 den Bereich der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet werden. Nicht in einem Fall konnten die Täter ermittelt werden.

Die Partei DIE LINKE und ihre Abgeordnetenbüros waren wiederum überdurchschnittlich von den Anschlägen betroffen. So richteten sich elf der politisch motivierten Straftaten gegen ihre Büros. Von den zehn

als nachgewiesen rechtsextrem motivierten Anschlägen richteten sich allein acht gegen LINKE-Einrichtungen.

„Die Tatsache, dass politisches Engagement gegen Rechtsextremismus demokratische Politiker und deren Büros zur Zielscheibe rechtsextremer Straf- und Gewalttaten macht, ist besorgniserregend. Das dahinter stehende Ziel, antifaschistische Politiker mit Gewaltaktionen zu bedrohen und einschüchtern zu wollen, ist offenkundig. Die Sicherheitsbehörden sind gefordert, diese Anschläge nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sondern konsequent die Aufklärung der Straftaten und die Ermittlung der Täter voranzutreiben. Dessen ungeachtet bietet ein breites gesellschaftliches und solidarisches Engagement nicht nur gegen Straftäter, sondern auch gegen neonazistische Einstellungen, den besten Schutz politisch und demokratisch Engagierter“, so Martina Renner.



Neu erschienen: Das Buch „It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts“ (VSA-Verlag).

Sechs Beiträge sind komplett oder teilweise in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag entstanden. Bodo Ramelow, einer Herausgeber des Buches, hat einen Beitrag zum Verhältnis von Internet und Demokratie beigesteuert. André Blechschmidt, medienpolitischer Sprecher, betont den Zusammenhang von Medienkompetenz und Demokratieerziehung.

Stefan Wogawa, Internetredakteur der Linksfraction, hebt in seinem Beitrag zum Cyberwar die traditionell enge Verbindung von Informationstechnik und Militär hervor. Gemeinsam mit Paul Well-sow, Referent für Grundsatzfragen, analysiert er die Aktivitäten der Fraktion im Web 2.0 als Beispiel für eine moderne politische Kommunikation angesichts der Wandlungsprozesse der Medienlandschaft. (na)

Bodo Ramelow u.a. (Hg.): It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2012, 152 S., ISBN 9783899654707, 14,80 EUR



Landtagsabgeordnete und weitere Thüringer Vertreter der LINKEN, unter ihnen Martina Renner, Gudrun Lukin, Anke Hofmann, Knut Korschewsky, Jörg Kubitzki, bei der Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden.

FRAKTION IN AKTION



Immer wieder waren Vertreter der LINKEN - hier mit Thüringer und mit hessischen Landtagsabgeordneten im vergangenen Jahr - an Protestaktionen gegen die Kali-Laurenverpressung durch das Unternehmen K+S beteiligt.

Zum „Monte Kali“

Am 5. März treffen sich die umwelt- und energiepolitischen Sprecher der LINKEN aus den Landtagen und dem Bundestag in Gerstungen. Am Fuße des „Monte Kali“ soll das Thema: „Umweltschäden durch den Kali-Bergbau“ besprochen werden. Wesentlich werden die Probleme sein, die sich aus der Laugenverpressung und der Aufhaltung von Ab-raumsalzen in Thüringen, Hessen und weiteren Bundesländern ergeben. Zu diesem Themenschwerpunkt sind Vertreter der örtlichen „Bürgerinitiative für ein lebenswertes Werratal“, der Bürgermeister von Gerstungen, Werner Hartung, und der Vorsitzende der Werra-Weser-Anrainerkonferenz e. V., Walter Hölzel, sowie der BUND Thüringen eingeladen, um mit den Abgeordneten zu diskutieren. Bereits am Vortag soll es einen Ausflug zum „Monte Kali“ geben.

Inhumane Vorschrift

„Die Landesregierung hält weiter an einer – das verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz noch restriktiver als vorgeschrieben auslegenden – inhumanen Verwaltungsvorschrift fest, unterstützt durch CDU und SPD“, so MdL Sabine Berninger, die besonders die laviierende Position der SPD-Fraktion in der Flüchtlingspolitik empört. „Man kann nicht Ärzten mit dem moralischen Zeigefinger drohen, aber gleichzeitig im eigenen Verantwortungsbereich jegliche Handlungsnotwendigkeit von sich weisen und an Rechtsregelungen festhalten wollen, die gegen den ärztlichen Kodex verstoßen.“ Diese seien doch dafür verantwortlich, dass Flüchtlinge keine Behandlungsscheine von Sozialämtern erhalten und gar nicht mehr bei dem für die notwendige Behandlung fachlich zuständigen Arzt vorsprechen könnten.

Mit der Ablehnung der weiteren Diskussion des Gesetzentwurfs der LINKEN zum Thüringer Datenschutzgesetz in den Ausschüssen zeigte die Thüringer Regierungskoalition aus CDU und SPD, dass sie die notwendige Unabhängigkeit eines Landesdatenschutzbeauftragten nicht haben will, selbst wenn Modelle und Strukturen vorgeschlagen werden, die in anderen Bundesländern schon erfolgreich sind“, so Ralf Hauboldt, justizpolitischer Sprecher und Mitglied des Landesdatenschutzbeirates, nach der Landtagsdebatte.

Der LINKE-Datenschutzexperte kündigte an, dass die Reformvorschläge trotz Ablehnung – auch außerparlamentarisch – weiter diskutiert werden und nannte es „entlarvend“, dass die Regierungskoalition die Zwei-Drittel-Mehrheit und die Pflicht zur Stellenausschreibung sowie das Kandidatenvorschlagsrecht für Thüringer Bürger ablehnt. Die Regierungsmehrheit wolle solche Posten offensichtlich weiterhin als „Verfügungsmasse“ missbrauchen, kritisierte der Landtagsabgeordnete.

Die LINKE will mit ihrem Gesetzentwurf ein Unabhängiges Landesdatenschutzzentrum als Anstalt öffentlichen Rechts einrichten, geleitet vom Thüringer Datenschutzbeauftragten. Dieses Modell arbeitet seit Jahren schon erfolgreich in Schleswig-Holstein. Dort wurden wiederholt datenschutzrechtlich heikle Themen, wie Google Street-View oder auch Facebook, fundiert, kritisch und mit großer Wirkung für die gesellschaftliche öffentliche Information und Diskussion aufgenommen.

„Eine solche Belebung der Datenschutzdebatte und datenschutzrechtlichen Kontrolle in Thüringen halten wir für absolut notwendig. Neben bekannten Defiziten im öffentlichen Bereich, wie z.B. in den Kommunen, muss der Thüringer Datenschutz sich verstärkt auch dem privaten Bereich widmen. Dazu muss der Datenschutzbeauftragte schnellstens das notwendige Personal erhalten“, forderte Ralf Hauboldt, der in diesem

Unabhängigkeit des Datenschutzes

Zusammenhang darauf verwies, dass beim für den privaten Bereich bisher zuständigen Landesverwaltungsamt Personalengpässe bestanden. Es sei nicht nachvollziehbar, wenn Redner der Regierungskoalition die Schaffung eines Unabhängigen Datenschutzzentrums ablehnten mit dem Verweis auf knappe Haushaltsmittel in Thüringen, denn „Grund- und Bürgerrechtsschutz wie dies der Daten-

schutzbeauftragte tut, darf nicht unter Finanzvorbehalt gestellt werden. Wenn Schleswig-Holstein es schafft, ein Unabhängiges Datenschutzzentrum erfolgreich arbeiten zu lassen, dann muss das auch in Thüringen möglich sein“. Der LINKE-Justizpolitiker verwies auch auf die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Unabhängigkeit des Datenschutzes. ■



Nachdem sich in der Fraktionssitzung der LINKEN die beiden Kandidaten für das Amt des Thüringer Datenschutzbeauftragten, Lutz Hasse und Constanze Kurz, vorgestellt hatten, hatte Bodo Ramelow von „respektablen Bewerbungen“ gesprochen. Jedoch werde die Kandidatin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen bei der Wahl im Landtag „eine sehr hohe Zustimmung der Abgeordneten der LINKEN bekommen“. Auch wenn Dr. Lutz Hasse vor allem verwaltungstechnisch spannende Überlegungen zur Führung des Amtes unterbreitet habe, stehe Constanze Kurz (s. Foto) „dem Anspruch der LINKEN hinsichtlich des Datenschutzes näher“, so der Fraktionsvorsitzende, der auf ihre „sehr gute, erfrischende Vorstellung“ verwiesen hatte. Ihre Überlegungen für eine Modernisierung des Datenschutzrechtes und zur bürgernahen Ausgestaltung des Amtes seien auf große Zustimmung in der Linksfraction getroffen. Hinzu komme, dass Frau Kurz für DIE LINKE bereits als Sachverständige in der Bundestags-Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ tätig ist.

Bei der Wahl am 24. Februar im Landtag war es tatsächlich knapp geworden. Der Jurist Lutz Hasse als neuer Thüringer Datenschutzbeauftragter erreichte genau die notwendigen 45 Stimmen für die einfache Mehrheit. ■

KURZ UND PRÄGNANT

LANDEsarbeitsmarkTPROGRAMM: Angesichts der Kürzung der Bundesmittel für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen wurde in Thüringen eine Orientierung auf Weiterbildung vorgenommen. MdL Ina Leukefeld kritisierte jedoch, „dass einigen wenigen Trägern immense Förderung zuteil wird und andererseits Programmteile des Landesarbeitsmarktprogramms wegen fehlender Haushaltsmittel gestoppt werden müssen“.

DIE KLAGEZAHLEN BEI SOZIALGERICHTEN sind nur leicht rückläufig. MdL Ralf Hauboldt fordert klarer gefasste Sozialgesetzes. Notwendig seien fundierter ausgearbeitete und verständlichere Bescheide sowie mehr Bereitschaft der Jobcenter, Problemfälle mit kommunikativen Mitteln zu lösen, „statt Betroffene bei Callcentern und in Telefonschleifen landen zu lassen“.

ANSTIEG DER VERKEHRSTOTEN in Thüringen überdurchschnittlich: MdL Dr. Gudrun Lukin fordert gründliche Ursachenanalyse. 150 Verkehrstote im Jahr 2011 seien erschreckend. Es müsse das Alkoholverbot für Fahranfänger ausgeweitet werden. Land und Kommunen sollten verstärkt die Unfallschwerpunkte ermitteln und noch mehr für die Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung tun.

FÜR SCHLOSS WILHELMS-THAL wurden Sanierungsmittel des Landes freigegeben. MdL Katja Wolf sprach von einer „überfälligen Entscheidung“. 250.000 Euro stehen zur Verfügung, um die maroden Dachaufleger zu erneuern und den Dachstuhl wieder aufzusetzen. ■

NACHRICHTEN

Keine Antworten

„Das Engagement dieser Landesregierung für die Arbeit der Soziokultur und der freien Szene ist offensichtlich noch geringer als das von früheren CDU-Alleinregierungen“, so MdL Dr. Birgit Klauert. Auf ihre Frage im Landtag zu den Auswirkungen der „kleinen Haushaltssperre“ habe sie nur schwammige oder gar keine Antworten von Staatssekretär Prof. Merten erhalten. Offensichtlich lebt das Ministerium in einer von Unkenntnis geprägten Realität und nimmt die prekäre Situation der betroffenen Kultureinrichtungen überhaupt nicht wahr. „Dass ein Ministerium Ende Februar noch immer nicht sagen kann, wann es denn nun Bewilligungsbescheide für die soziokulturellen Träger und die Akteure der freien Szene gibt, ist ungeheuerlich. Wie lange will die Landesregierung denn die Betroffenen



noch ausbluten lassen?“

Archivfoto eines Plakats der Thüringer Kulturratinitiative vor den letzten Landtagswahlen ■

Studienförderung

Susanne Hennig, Sprecherin der Linksfraction für Studierendenpolitik, hält erfolgsabhängige Leistungsstipendien nur für die besten drei Prozent, wie sie die FDP propagiert, für einen Holzweg. „Wer nur den Besten ein Stipendium geben will, die Mittel dafür aber dem immer geringer werdenden BAföG abzwackt, der geht kilometerweit an den Problemen vorbei! Während in Finnland 70 Prozent der Studierenden staatliche Unterstützung erhalten, sind es in Deutschland nur ein Viertel. Was wir brauchen, ist eine grundlegende Verbesserung der Studienfinanzierung für alle, nicht ein Leistungs-Stipendium für die besten drei Prozent! Dann werden sich mehr junge Menschen für die Hochschule entscheiden und schaffen es auch, ihr Studium mit Erfolg zu beenden.“ ■

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden vom 21. März bis 23. März statt sowie in der Zeit vom 2. bis 4. Mai. Wer Interesse am Besuch eines Plenums hat, melde dies bitte vorab in der Geschäftsstelle der Linksfraction.

Fotoausstellung:

Die Ausstellung „PresseFoto Hessen - Thüringen“ ist vom 14. März bis 10. April im Zwischenhang des Thüringer Landtags in Erfurt öffentlich zu sehen.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraction:

www.die-linke-thl.de

Energiewende im Blick

Petra Enders: Neubau einer 380 kV-Starkstromtrasse – „ein Relikt der Vergangenheit“

An ihrer Entschlossenheit, den **Abau** der 380 kV-Trasse durch den Thüringer Wald trotz des Planfeststellungsbeschlusses zu verhindern zu wollen, ließ Petra Enders keinen Zweifel.

Die Landtagsabgeordnete der LINKE und Bürgermeisterin der von der Monstertrasse ebenfalls betroffenen Stadt Großbreitenbach hatte zusammen mit Klaus Bergmann von der Bürgerinitiative Riechheim und dem Rechtsanwalt Dr. Hans Neumeier zu einem Pressegespräch eingeladen und die 16 Ordner mitgebracht, die den jetzt schon fünf Jahre währenden Kampf der Bürger gegen ein völlig unnötiges, Natur und Mensch belastendes Energiegroßprojekt belegen, und kündigte an: Am 6. März wird Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht. Dahinter stehen vor allem betroffene Privateigentümer, Bürgerinitiativen, aber auch die Stadt Großbreitenbach und weitere Kommunen, die in einer Solidargemeinschaft gegen den Planfeststellungsbeschluss vorgehen.

„Wir bleiben dabei, wir sehen keine Planrechtfertigung für den Neubau einer solchen Leitung – sie ist ein Relikt der Vergangenheit, damit festigt man nur Monopolstrukturen im Energiesektor“, betonte Petra Enders und verwies auf die von den Kommunen und den Bürgerinitiativen gemeinsam

mit Fachleuten immer wieder unterbreiteten Alternativen. Bestehende Leitungen könnten optimiert werden, und vor allem ist die Energiepolitik der Zukunft eine der dezentralen Lösungen. Sie setzt auf die Energiewende und damit ganz klar auf erneuerbare Energien, die vor Ort erzeugt

und verbraucht werden. Der Beschluss sei defizitär und es fehle insbesondere eine Lastflussanalyse, „um zu klären, ob das Vorhaben überhaupt gerechtfertigt ist“. Klaus Bergmann brachte seine Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass sie als Bürger „nicht ernst genommen werden“. „Wir füh-



und verbraucht werden. Petra Enders kritisierte die Art und Weise des vom Landesverwaltungsamt vorgelegten Planfeststellungsbeschlusses, die „mit Offenheit und Transparenz nichts zu tun hat“. Vor allem enthalte er eine ganze Reihe von Mängeln. Anwalt Neumeier sprach von Abwä-

len uns veralbert“, sagte er mit Verweis darauf, dass die Bürgerinitiativen nichts unversucht gelassen hätten. Sie haben Gutachten vorgelegt, Fachrunden, Anhörungen und jede Menge Diskussionen durchgeführt. Unterstützt worden sei sie jedoch nur von der LINKEN. ■

Blauschaf jetzt auch in der Linksfraktion



Ein Blauschaf, geschaffen in der Künstlerwerkstatt „Blauschäferlei“ (Rainer Bonk und Berta-Maria Reetz), hat seine Heimat jetzt in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag gefunden. Bodo Ramelow, Vorsitzender der Thüringer Linksfraktion, erhielt das originelle Geburtstagsgeschenk von der Fraktion DIE LINKE im Landtag Nordrhein-Westfalen, überreichte es während des Parlamentartages in Kiel.

Die Schafe sind für das europaweite Aktionsprojekt „Alle sind gleich – jeder ist wichtig!“ entstanden, das sich für ein friedliches Miteinander und für Toleranz einsetzt. Die blauen Schafe

Das „Kampfhundegesetz“ verfehlt sein Ziel

Mit Blick auf das so genannte Thüringer Kampfhundegesetz und die jetzt veröffentlichte „Beißstatistik“ für das Jahr 2011, betonte MdL Sabine Berninger die Aussagen der Experten, dass eine Rasseliste sachlich nicht begründet und wissenschaftlich nicht haltbar sei. „Das ist keinesfalls verwunderlich. Die in der Rasseliste aufgenommenen vermeintlich per se gefährlichen Hunde sind eben nicht die Beißer.“ Die im vergangenen Juni von den Regierungsfractionen im Landtag eingestuft so genannten „Kampfhunde“ finden sich nicht unter den ersten zehn Hunderassen in der Beißstatistik. So seien 482 Beiß-

angriffe von Hunden bei den Ordnungsämtern im Jahr 2011 in Thüringen registriert worden. Der Statistik zufolge wurden in 282 Fällen Menschen verletzt, 73 von ihnen schwer. Ein Mann wurde in Wülfingerode im Kreis Nordhausen von seinem eigenen Hund (einem Dobermann) getötet. Die Zahl der Angriffe von durch Gesetz als gefährlich deklarierten Hunderassen war dabei mit 21 sehr gering. „Die Zahlen bestätigen, was DIE LINKE in allen Beratungen den Initiatorinnen des Gesetzes vorgehalten hat. Dieses Gesetz führt nicht zu mehr Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung.“ ■

sollen auf das Verbindende hinweisen. „Für friedliches Miteinander und Toleranz durch die Welt zu ziehen, das haben sie sich vorgenommen“, heißt es auf der Homepage der „Blauschäferlei“.

Für Bodo Ramelow, der sich seit Jahren aktiv für Toleranz einsetzt, handelt es sich um ein besonders unterstützenswertes Motto. „Es gibt keine roten, weißen, gelben, grünen oder schwarzen Schafe mehr – alle Schafe sind blau, alles Schafe sind gleich“, kommentierte er mit einem Schmunzeln.

<http://www.blaue-schafe.de/> ■



Falsches Spiel

Die SPD ist wegen ihrer Vergangenheit, für die häufige jäh Wendungen das Markenzeichen sind, nicht gerade als vertrauenswürdig bekannt. Im Gegenteil: von den Kriegskrediten bis zum Sozialabbau – die SPD fällt regelmäßig um.

Der nächste Wählerbetrug ist bereits vorprogrammiert. Inzwischen spekulieren SPD-Bundestagsabgeordnete wie Frank-Walter Steinmeier oder Carsten Schneider offen über eine Koalition mit der FDP. Mit denen will man also SPD-Versprechen wie den gesetzlichen Mindestlohn einführen? Das ist peinliche politische Prostitution, um wieder zu Regierungssämtern zu kommen.

Zwar stinkt der sozialdemokratische Fisch bedenklich am Kopf, doch derlei Eskapaden ziehen sich quer durch die janusköpfige Partei. Da unterstützen SPD-Politiker vollmundig Gegendemonstrationen und sogar Aufrufe zu friedlichen Blockaden von Naziaufmärschen in Dresden. Doch im Bundestag und im Thüringer Landtag wird die Immunität von LINKE-Abgeordneten, gegen die eben wegen der Teilnahme an solchen Antinazi-Demonstrationen ermittelt wird, aufgehoben – auch mit Stimmen der SPD.

Besonders perfide ein weiteres Spiel der Gabriel-Partei: mit einem Thilo Sarrazin schießt man offenbar auf Stimmen in trübbraunen Gewässern. Anders ist nicht zu erklären, dass der Sozialrassist SPD-Mitglied bleiben darf. Dieser peinliche Flirt mit dem rechten Rand ist beileibe kein Einzelfall. Auch in Thüringen werden von der Sozialdemokratie bei den Bürgermeister- und Landratswahlen Rechtspopulisten unterstützt, wobei selbst SPD-Landtagsabgeordnete brav applaudieren (während Jusos und einzelne Aufrechte Kritik üben). In Arnstadt blinkt man sogar (ebenfalls unter Führung einer SPD-Landtagsabgeordneten) Richtung „Pro“-Bewegung. ■

IMPRESSUM

Vierseitige Ausgabe des LINKE PARLAMENTSREPORT; erscheint auch in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.